

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

JA zu einem gemeinsamen, solidarischen und friedlichen Europa - NEIN zur Ermächtigung zu Eingriffen in die Haushaltshoheit von EU-Staaten und zum marktradikalen "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3406

Kreszentia Flauger (LINKE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 24. und 25. März soll beim Treffen des Europäischen Rates eine Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, also im EU-Primärrecht, beschlossen werden. Dem Artikel 136 des Vertrages soll ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut angefügt werden:

Diese Vertragsänderung soll nicht im ordentlichen Verfahren, sondern im vereinfachten Verfahren laut Lissabon-Vertrag erfolgen. Das bedeutet, dass nicht, wie im ordentlichen Verfahren, ein europäischer Konvent und eine anschließende Regierungskonferenz durchgeführt werden, sondern dass der Europäische Rat entscheidet und dass die Parlamente der Mitgliedstaaten, also auch der Deutsche Bundestag, erst danach zur Ratifizierung einbezogen werden.

Jetzt zitiere ich für Sie aus einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die das Fazit zieht: Aufgrund des unbestimmten offenen Wortlauts - dieser Änderung - ist die Reichweite der Ermächtigung zur Einrichtung eines Stabilitätsmechanismus kaum vorhersehbar. Die Ausarbeitung stellt weiter wörtlich fest, dass die Änderung zu einem Mechanismus führen könne, unter welchem bei einer Inanspruchnahme aus der Bürgschaft massiv in den Staatshaushalt eingegriffen werden könne, ohne dass das Parlament Einfluss auf die Zahlungsverpflichtung nehmen könne. Gemeint ist das nationale Parlament.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Hört, hört!)

Um einmal ganz deutlich zu sagen, was das heißt: Diese Vertragsänderung eröffnet die Möglichkeit von massiven Eingriffen in die Haushaltsautonomie der Mitgliedstaaten, ohne dass im konkreten Fall die nationalen Parlamente noch zu entscheiden hätten. Über die Regelung, die das eröffnet, soll jetzt der Europäische Rat entscheiden, nicht einmal das gewählte Europäische Parlament. Bundestag und Bundesrat sollen hinterher nur noch abnicken.

Meine Damen und Herren, das ist kein transparentes und auch kein besonders demokratisches Verfahren. Wir fordern darum mit unserem Antrag die Landesregierung auf, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Bundesregierung einzuwirken, damit sie auf der Tagung des Europäischen Rates am 24. und 25. März diese Vertragsänderung ablehnt und ein

ordentliches Vertragsänderungsverfahren mit der Einberufung eines Konvents einleitet. Und wir fordern, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, statt einer so weitgehenden und unkalkulierbaren Öffnung wie jetzt im EU-Primärrecht vorgesehen, in diesem Vertrag einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz zu verankern. In jedem Fall erwarten wir, dass Sie auf Bundesebene die Ratifizierung solcher entscheidenden Vertragsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat zulassen, wie es die schon zitierte Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes empfiehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Union ist notwendig und wird auch von uns gefordert. Was aber die deutsche Bundeskanzlerin hinter verschlossenen Türen mit Herrn Sarkozy ausgebrütet, „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ genannt und ziemlich klamm und ziemlich heimlich am Bundestag und seinen Ausschüssen vorbei im Februar auf die EU-Ebene geschleust hat, bringt Europa nicht voran, sondern gezielt nach unten.

(Beifall bei der LINKEN)

Für ihre mangelnde Transparenz in dieser Sache ist Frau Merkel nicht nur von der Linken, sondern auch aus der eigenen Koalition und vom Bundestagspräsidenten Norbert Lammert scharf kritisiert worden. Gut, dass sich die Linke um die Rechte des demokratisch gewählten Parlaments kümmert und deshalb am Montag auf unseren Antrag hin

(Beifall bei der LINKEN)

eine öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestages stattfand.

Der Pakt wurde jetzt in den Gesprächen der Euro-Regierungschefs auf „Pakt für den Euro“ umgetauft. Aber die merkelsche wirtschaftsfreundliche, aber sozialfeindliche Lohndumpinglinie wurde beibehalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will das an drei Beispielen der Regelungsinhalte konkretisieren: Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone sollen jährlich konkrete nationale Verpflichtungen eingehen, und zwar nicht zu Kleinigkeiten. Jährlich sollen die Lohnstückkosten - also auch die Löhne - der Länder für die Wirtschaft insgesamt und für jeden wichtigen Sektor bewertet werden. Wenn die Lohnstückkosten, also auch die Löhne, zu sehr steigen, dann sollen die Länder Gegenmaßnahmen ergreifen, und - das wird im Pakt konkret aufgeführt - es soll eine „Überprüfung der Lohnfindungsregelungen“ stattfinden, namentlich „des Grads der Zentralisierung im Verhandlungsprozess“. Meine Damen und Herren, das ist ein Angriff auf das bewährte Prinzip des Flächentarifvertrags und auf die Tarifautonomie.

(Beifall bei der LINKEN)

Dem DGB-Bundesvorstand Claus Matecki kann man daher nur recht geben, wenn er sagt, Herr Rehn - der EU-Währungskommissar, der diese Eingriffe auch befürwortet - solle die Finger aus der Kreissäge nehmen.

Und der Europäische Gewerkschaftsbund warnt zu Recht vor einer Abwärtsspirale der Löhne und Arbeitsbedingungen. Eine weitere Maßnahme in dem Pakt fordert, sicherzustellen, dass die Lohnabschlüsse im öffentliche Sektor - ich zitiere - „den auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind (eingedenk der wichtigen Signalwirkung der Löhne des öffentlichen Sektors).“

Meine Damen und Herren, diese Löhne im öffentlichen Bereich sollen also absichtlich niedrig gehalten werden. Warum schieben Sie eigentlich bei der Frage eines anständigen und menschenwürdigen Mindestlohns einerseits die Tarifautonomie immer als Ausrede vor und haben andererseits hier, wenn es um das Niedrighalten oder gar das Senken von Löhnen geht, gar kein Problem mit staatlichen Eingriffen in die Lohnfindung?

Der Pakt erwähnt außerdem die Anpassung - also Erhöhung - des Renteneintrittsalters an die demografische Entwicklung. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wollen hier erneut die Kosten der Krise statt auf die Urheber auf die kleinen Leute abwälzen, und sie wollen die merkelsche Wettbewerbs- und Exportweltmeisterschaftslogik auf deren Rücken austragen. Dagegen wenden wir uns als Linke entschieden. Das ist weder solidarisch noch nachhaltig und deshalb auch nicht klug.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern von der Bundeskanzlerin, solche wichtigen Entscheidungen künftig transparent zu debattieren. Und wir fordern von der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung, solchen Angriffen auf Tarifautonomie, Flächentarifvertrag und jetzige und künftige Mindestlohnsysteme nicht zuzustimmen –

(Jens Nacke [CDU]: Die ist aber gar nicht hier, die Bundeskanzlerin!)

In diesem Sinne sollte dieser Landtag heute ein Stoppzeichen setzen und unseren Antrag beschließen. Weil die Zeit drängt und am 24. bzw. 25. März schon entschieden werden soll, beantrage ich, dass über diesen Antrag sofort abgestimmt wird.

(Beifall bei der LINKEN)